

Dienstag.

Nr. 256.

1. November 1853.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Zu begleichen durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expedition in Leipzig (Querstraße Nr. 8).

Insertionsgebühr
für den Raum einer Zeile.
2 Rgt.

Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!

Preis für das Blatt
1½ Rgt. ohne Zinse
zur Nummer 2 Rgt.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 27. Oct. Das Berliner Correspondenz-Bureau behauptet, die Notwendigkeit eines deutschen Feldzeichens sei vielfach in neuester Zeit bei den obersten Militärbehörden deutscher Bundesländer erörtert worden, und die Preußische Zeitung empfiehlt eine weiße Armblende mit einer Medaille an, weil die Farben Schwarz-Roth-Gold in zuvielen Abzeichen ständen. Die Nichtigkeit der Behauptung des Correspondenz-Bureau mag dahingestellt bleiden. Gewiss ist indessen, daß die Feldzeichenfrage bei den Bundesbehörden selbst in neuester Zeit nicht wieder angetroffen worden ist. An einem der ersten Tage des Monats März 1848 fügte die Bundesversammlung den Beschluss, daß Schwarz-Roth-Gold die deutschen Bundesfarben sein sollen. Dieser Beschluss ist noch nicht aufgehoben. Am Ende des Bundestags selbst wird die schwarz-roth-goldene Farbe von dem Bundescontingent Frankreichs neben den französischen Farben noch vertragt, ohne daß irgend Einwendung erhoben werden wäre. Die Wappenabzeichen der Bundesbehörden werden noch mit schwarz-roth-goldenem Siegel gekrönt, die Wappen an den Bundesfestungen sind deren Schlagwörtern noch dieselben Farben. (Münch. C.)

Preußen in Berlin, 30. Oct. Die nächsten Tage werden die Aufforderungen der Presse auf die Gesetzeslage einer preußischen Correspondenz in der Form der Österreichischen Correspondenz lenken, deren Prospekt demnächst bekannt gemacht werden soll. Als Begründer nennt man Dr. Möll, der durch vielfache Verbindungen und durch gelehrte publicistische Bildung einen befriedigenden Erfolg erzielen will.

Die habsburgische Zeit bringt folgenden durch eigenthümliche Ansichten sehr ausglichenen Bericht: Russlands Occupation der Donau führen ist verantwortlich ohne eine vorausgegangene Kriegserklärung erfolgt. Russ. Kaiser war proklamiert die Überschreitung des Pruth durch die russische Armee nicht als eine Kriegsfeier, sondern als eine Friedensfeier. Russland vertrat, ein Pfand für die friedliche Durchsetzung seiner Forderungen haben zu wollen. Dagegen ist nicht klar in der Deutschen, sondern auch in der englischen und französischen Presse viel polemisiert worden. Man hat das Russische Russland als ganz unzulässig bezeichnet. So fragt uns denn auch jetzt wieder die königliche Zeitung auf die in einem jüngsten Artikel von uns ausgesprochene Ansicht, daß das Kriegsmanifest der Pforte nach kein kriegerischer Krieg sei, ob wir denn nicht wüssten, daß der Einmarsch der Russen in die Fürstentümter bereits vor dem Anfang des Kriegs geschah? Ja der Thar, das wissen wir nicht! Die Besetzung der Donauländer durch Russland war weder von der Pforte noch von den vorstaatlichen Mächten als dass sie hell versteckt worden. Man kann darüber denken: an dieses Forum wird man sich halten müssen, und man kann auch genötigt sein, anzuerkennen, daß eine Handlung, die von den jüngsten Verhältnissen selbst für eine feindliche nicht erachtet wird, auch von Ihnen als ein bereits begonnener Krieg mit irgend einem Rechte ausgekündigt werden kann. Die Tagespresse, welchen Standpunkt sie auch einnimmt, wird den blutigen Conflict, der zunächst an der Donau möglich gewesen ist, Aussicht nicht, nicht aufzuhalten und nicht beschleunigen. Sie kann nur durch ein objektives Anschauungsmathen der gegebenen Verhältnisse dazu beitragen, daß sich über diese Verhältnisse selbst ein richtiges Urtheil bildet. Doch die augenblickliche Lage der Dinge schwieriger und bedenklicher ist, als jas. Das zu vernehmen müßten wir entweder sehr eingeschränkt oder sehr besungen seyn. Solange aber noch der Krieg nicht als eine absolute Unvermeidlichkeit und entgegenreite: solange, daß geschehen wird, gern, finden wir an Russland Urtheile, und von allen Interessen gebotene Aufgabe darin, mit Hingabe die Umstände in Weltacht zu ziehen, um die sich Hoffnungen auf Erhaltung des Friedens knüpfen lassen. Wie Dem aber auch ist und welchen Ausgang die russisch-österreichische Differenz haben möge: die Beobachtung wird uns bleiben, daß der Weltfriede dadurch keine Sicherung erleiht, daß vielmehr der Kampf, wenn er, trotz aller Befreiungswogen, zum Ausbrauche kommt, solle, auf die freirenden Parteien selbst sich begrenzen möge. Dafür wird nicht bloss die neutrale Stellung Österreichs und Preußens wirken, sondern, wenn nicht, Alles, trugt, wird dahingehend das Wohlbeben von England und Frankreich gerichtet sein. Der Moniteur, das amtliche Blatt der spanischen Regierung, spricht sich nach langem Schweigen über die orientalische Frage gestern in diesem Sinne aus: „Der Friede sagt er, will vorhandend, das Interesse der Völker. Es ist nicht glaublich, daß Preußens und Österreichs Neutralität Indifferenz sein werde. Ihre Mitwirkung wird nicht verloren sein für Unterhandlungen, welche die Lösung der Differenz erleichtern könne.“ Wenn wir früher unsere Ansicht dahin ausgesprochen, daß Preußens Neutralität keine ganz unbedingte sondern eine vermittelnde sein werde, so sehen wir zu unserer Erneuerung dieser Beruf Preußens jetzt auch von dem offiziellen französischen Blatte anerkannt.“

Der gegenwärtigen Anwesenheit des dessoauischen Ministers v. Plötz in Berlin soll das Bestreben der herzoglichen Regierung zum Grunde liegen, dem Zollverein nicht mehr als nur mittelbares Mitglied, sondern als unmittelbarer Teilnehmer anzugehören.

Die Landratsamtsverweser Eduard Wiprecht Leopold v. Dabler, Rudolf Levin v. Marschall, Wilhelm Friedrich Karl Leopold Rudolf v. Dergen, Regierungsassessor Adolf Pilgrim und Graf Heinrich Georg Adalbert Max v. Wittberg sind zu Landrätschen ernannt.

Die Weser-Zeitung schreibt nun aus Hamburg vom 26. Oct.: „Preußen möchte bekanntlich für seine Marine einen Nordseehafen zu gewinnen und muß dies, wenn es derselben eine größere Entwicklung geben will; denn in der Ostsee ist sie wie bei lebendigem Leibe begraben, da sie von dem Ocean abgeschnitten werden kann. Die Lütsche friert zudem leicht zu. Gegenwärtig halten daher die preußischen Kriegsschiffe ihre Winterquartiere überall andernorts, nur nicht zu Hause. Das Hamburg seine Elbe der Seemacht Preußens als Etappenstraße gern geöffnet, braucht nicht gesagt zu werden. Es ist bereits hier eine Agitation im Gange, die den Senat bestimmen will, unverzagt mit der preußischen Regierung darüber in Unterhandlung zu treten, ehe es vielleicht zu spät sei. Wind Euchaven die Nordseestation der preußischen Kriegsschiffe, so hofft man, daß es mit preußischer Hülfe das wird, was Bremerhaven schon ist: ein wichtiger Seehafen, zu dem man es auf eigenen Mitteln zu machen sich anstrengt.“

Königsberg, 28. Oct. Am 21. Oct. wurde auch hier von der Criminaldeputation des Stadtgerichts der Klageantrag der Staatsanwaltschaft auf Vernichtung der seinerzeit manichfach besprochenen Gervinus'schen Schrift: „Einführung in die Geschichte des 19. Jahrhunderts“, verhandelt. Die zur vorläufigen Verlesung gekommene Anklageschrift brachte eine mühsame Hervorhebung und Zusammenstellung aller derjenigen Stellen des in Wechsel stehenden Werks, von denen die Staatsanwaltschaft das Vorhandensein einer strafbaren Handlung behauptete und in denen beziehungsweise Einrichtungen des preußischen Staates dem Prozeß und der Verachtung aufgeführt sein sollen. Nach Verlesung des schriftlichen Klageantrags bemühte sich die durch den Obergerichtsassessor Henke vertretene Staatsanwaltschaft in ihrem Plädoyer noch insbesondere, die vielfach ausgesprochene Ansicht des schriftstellerischen Werks zu bekämpfen, daß durch die Vernichtungsmöglichkeit das bereite schriftstellerische Werk der Wissenschaft zunahmestet, legiere in ihren Fortschritten verlegt werde, und blieb bei ihrem Anklageantrage stehen. Der Gerichtshof ging indessen auf diesen Antrag nicht ein, sondern veröffentlichte seinen nach nicht kurzer Verathung gefestigten Urteilsspruch dahin, daß in dem Werk nach den verschiedensten Richtungen hin eine nach preußischen Gesetzen strafbare Handlung nicht zu finden gewesen und daß demnach die etwa im Buchhandel erfolgte Beschlagsnahme vielleicht aufzuheben sei. Die Gründe, welche diesem Urteilsspruch beigegeben und von dem Vorsitzenden mitgetheilt wurden, waren vielseitig und umfassend. (R. S. 3.)

In einer vom Könige den Vertretern sämtlicher gewerblichen Gewerbschaften von Magdeburg und dessen Vorstädten gewährten Würdigung erwähnte derselbe auf die Bitte der Könige, wolle nach seiner Weisheit auch die Innungspflichtigkeit zum Geseze machen, damit den häufigen Vorberührungen gegen die Institutionen der Innungen von Seiten der Richtungsgenossenschaft Einhalt gehalten würde: daß diese Sache sehr controversial sei, er selbst aber nicht ersehen wolle über die ausgesprochene Verbesserung der Handwerkerverhältnisse, sondern auch kein großes Interesse für die Innungen habe; denn es sei immer in den Innungen ein guter Geist gefunden worden, welcher sich in guten wie in schlechten Tagen bewahrt habe, und solche Institutionen müsse man befördern.

Die Koblenzer Zeitung berichtet aus Koblenz vom 28. Oct.: „Nachdem die Neue Preußische Zeitung in den letzten Nummern detaillierte Mittheilungen über vielfältige in Frankreich stattgehabte und auf Geldunterstützungen politischer Flüchtlinge für deren Zwecke bezügliche Haussuchungen gebracht hatte, von denen auch die ehemaligen Minister Goudchaux und Böslis betroffen worden; sollen auch hier und in der Umgegend auf dem nassauischen rechten Rheinufer Haussuchungen stattgefunden haben. Es ist nicht unbekannt, daß Mr. Goudchaux mit den im Nassauischen arbeitenden Bergwerksgesellschaften in pecuniären Beziehungen steht. Es ist ferner in jüngerer Zeit die Anwesenheit des königlichen Polizeipräsidenten von Berlin und eines hohen Ministerialbeamten aus Wiesbaden in hiesiger Stadt bemerkt worden, wie dem auch in den letzten Tagen der Polizeidirector von Wiesbaden mit Begleitung hier gewesen ist. Dem Vernehmen nach sind die Haussuchungen in hiesiger Stadt und in den benachbarten nassauischen Gebiete gleichzeitig in umfangreicher Weise vorgenommen worden. Ueber das Resultat verlautet im Publicum noch nichts. Gewisses.“